A2 Für ein klimagerechtes Berlin! - Die Berliner Energie- und Wärmeversorgung muss schnellst möglichst klimaneutral werden

Antragsteller*in: Annka Esser, Georg Kössler und Stefan Taschner

Antragstext

Für ein klimagerechtes Berlin! - Die Berliner Energie- und Wärmeversorgung muss schnellst möglichst klimaneutral werden

Regenwälder brennen, Wüsten breiten sich aus, der Meeresspiegel steigt, Permafrostböden tauen ungebremst auf und setzen klimaschädliche Treibhausgase frei. Weltweit ist die Klimakrise für jede*n immer spürbarer. Und sie ist unzweifelhaft menschengemacht.

Im letzten Jahr sind die Folgen durch Wetterextreme und Ernteausfälle auch in Deutschland angekommen.

Doch während wir uns über einen nicht eintretenden Winter beschweren, verlieren im globalen Süden Menschen auf Grund von Überschwemmung oder Waldbränden ihre Zuhause. Sie müssen die Folgen am stärksten spüren, obwohl sie am wenigsten zu dieser Krise beigetragen haben und über weniger finanzielle Mittel verfügen um sich dagegen zu schützen.

Unser Wirtschaftssystem, was auf der Ausbeutung von Menschen und der Umwelt basiert, ist Ursprung der Klimakrise.

Um die Krise zu stoppen, brauchen wir einen Wandel hin zu ökologischem, gemeinwohlorientieren Wirtschaften. Und dieser Wandel fängt mit unserer Politik an.

Bei jeder politischen Entscheidung muss uns klar sein: jedes Zehntel Grad globale Erderwärmung bedeutet, dass Tiere und Pflanzen aussterben, dass tausende Menschen ihre Lebensgrundlage verliehen.

Unsere grün linke Antwort auf diese globale Ungerechtigkeit kann deshalb nicht sein, dass wir ein bisschen Klimaschutz betreiben um die 2 Grad Grenze nicht zu überschreiten. Klimaschutz muss zur Priorität werden, sodass wir alles dafür tun, unter der 1,5 Grad globaler Erderwärmung zu bleiben.

Reiche Ländern wie Deutschland sind in der Pflicht endlich effektive Maßnahmen zu ergreifen und ihre Zielsetzungen an dem zu orientieren, was renomierte Wissenchaftler*innen schon lange fordern.

Gerade Berlin muss seiner globaler Verantwortung gerecht werden und alles dafür tun um schnellst möglichst eine echte Klimaneutralität anzustreben - am Besten bis 2030.

Die Energie- und Wärmeversorgung macht in Berlin 70% der CO2 Emissionen aus und gehört damit zu den Sektoren, die am dringendsten transformiert werden müssen.

An der Energiewende wollen und müssen wir alle beteiligen. Deswegen wollen wir unsere Energieversorgung bürger*innennah und dezentral umbauen.

Klimagerechtigkeit muss zu einer Aufgabe aller Berliner*innen werden. Nur wenn alle ihren Teil dazu beitragen, können wir unsere Lebensweise so umbauen, dass sie nicht auf Ausbeutung von Umwelt und Menschen bassiert.

Unsere Aufgabe sehen wir dabei über Klimaschutzmaßnahmen zu informieren, Berliner*innen für die Energiewende zu motivieren und ihre Ideen zu fördern statt sie, wie die Bundesregierung, zu boykottierten.

Uns bleiben nur wenige Jahre um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, aber wir sehen diese Herausforderung als Chance gemeinsam an einer besseren Welt für alle zu bauen.

Klimaschutz braucht Priorität

Wir GRÜNE treten als einzige Partei für einen echten Klimavorbehalt ein. Wir wollen über eine reine Klimafolgenabschätzung hinaus gehen. Es ist gut, wenn wir grundlegend transparent machen, wieviel CO2 direkt oder indirekt durch Projekte des Landes verursacht werden. Unsere grünen Freund*innen in Bremen entwickeln dafür aktuell eine Methodik, welche wir in Berlin - sofern möglich - zeitnah übernehmen sollten. Aber es muss darüber hinaus auch ein aufschiebendes Veto - wie vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) vorgeschlagen - eingeführt werden, welches automatisches oder durch die Senatsverwaltung für Klimaschutz bzw. den Klimaschutzbeirat ausgelöst wird. Damit können Alternativen besser geprüft werden und öffentliche Aufmerksamkeit hilft uns klimaschädliche Projekte zu verhindern bzw. zu verändern. Damit sind klimaschädliche Projekte noch immer möglich - vielleicht weil sie aus anderen Gründen unbedingt nötig sind - aber sie müssen einer intensiveren Alternativenprüfung unterzogen werden.

Die ökologische Krise spitzt sich immer weiter zu und stellt die Basis unserer Gesellschaft - eine Umwelt in der und von der wir leben können - in Frage. Es wäre eine Lüge zu sagen, dass dies nicht auch einschneidende politische Entschiedungen erfordert. Es wird dabei auch zu Zielkonflikten kommen und es ist an uns, dass soziale und ökologische Belange dabei höher als angebliche "Wirtschaftlichkeiten" gesehen werden. Denn im aktuellen neoliberalen Wirtschaftssystem bedeutet dies meistens den fossilen Weg. Hier ist es an uns - der Klimapartei Bündnis 90/Die Grünen - diese Zielkonflikte offensiv anzugehen und gar nicht erst in einen angeblichen Widerspruch von "grün vs. rot" oder "öko vs. Wirtschaft" zu geraten. Deshalb werden wir mit der Zivilgesellschaft zusammen im Vorfeld der anstehenden Wahlen offen und ehrlich diskutieren, wie Zielkonflikte rund um z.B. die Mobilitätswende, energetische Sanierungen, Ernährung oder Stadtentwicklung möglichst fair zu lösen sind. Dazu braucht es nicht nur kreative Lösungsideen, sondern auch mehr Verfahrensgerechtigkeit - also eine gute Beteiligung und transparente Politik. Denn auch wenn wir es nicht allen Recht machen können, muss für alle verständlich sein, warum sich für sie liebgewonnene Gewohnheiten vielleicht ändern müssen. Wir wollen dafür unser Konzept eines Klima-Bürger*innenrats ausarbeiten.

Wer ein Dacht hat, hat auch Verantwortung!

Mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030) haben wir einen Fahrplan zur Klimaneutralität beschlossen. Doch ein Fahrplan ist nix wert, wenn der Bus im Stau steht oder garnicht kommt. Wir müssen uns trauen, in die nächste Phase grüner Klimapolitik zu gehen: Nach der Erstellung von Grundlagen (Mobilitätsgesetz, Umweltgerechtigkeitsatlas, Gründung Regenwasseragentur, Entfesselung Stadtwerk usw.) und ausreichenden Fördermitteln - immerhin fast 100 Mio. Euro in 4 Jahren - muss nun eine schlaue Ordnungspolitik hinzu kommen. Ansonsten leistet Berlin keinen ausreichenden Beitrag zum Klimaschutz.

Mit der von uns initiierten Solarpflicht kann Berlin weit über die Grenzen der Bundesrepulik hinaus ein leuchtendes Beispiel sein. Denn unsere Dächer sind viel zu wertvoll, um sie nicht zu nutzen um den Planeten zu retten. Das Potenzial über uns ist groß! Bis zu 25% des Stroms können wir in Berlin mit Solaranlagen erzeugen. Dies ist nicht nur für die eigene Bilanz wichtig, sondern auch politisch. Wie wollen wir dem Land Brandenburg erklären, dass sie mehr Windräder zulassen sollen, wenn wir unsere Hausaufgaben nicht machen? Mit der Solarpflicht nehmen wir diese Verantwortung wahr. Dabei wollen wir nicht nur Neubauten, sondern auch im Bestand (sofern eine Sanierung des Dachs ansteht) mit Solaranlagen ausstatten. Wenn Eigentümer*innen dazu nicht in der Lage sind, müssen sie diese Pflicht von Dritten umsetzen lassen. Das könnten die Berliner Stadtwerke mittels Contracting machen.

Energetische Sanierung für statt gegen Mieter*innen!

Die sozial-ökologische Sanierung ist einer der größten Herausforderungen in der Klimapolitik. Etwa die Hälfte der CO2 Emissionen in Berlin stammen aus dem Gebäudebereich. Zur Erreichung der Klimaschutzziele müssen wir die Effizienz deutlich steigern.

Bisher wurde energetische Sanierung in erster Linie von Immobilienbesitzenden zur Verdrängung genutzt. Es ist also Zeit für einen Neustart.

Mieter*innen dürfen nicht mehr allein die Lasten schultern. Wir setzen uns für eine faire Verteilung der Kosten ein. Neben Mieter*innen muss sich auch der Staat verstärkt beteiligen. Doch wir fordern auch von den Immobilienbesitzenden ein, ihrer Verantwortung für den Klimaschutz endlich gerecht zu werden und sich an den Kosten zu beteiligen. Wir Grüne favorisieren deswegen das sogenannte Drittelmodell, wie wir es z.B. auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz beschlossen haben; d.h. es beteiligen sich an den Kosten Mieter*innen, der Staat über Förderprogramme und die Immobilienbesitzende.

Das Institut für Energie- und Umweltforschung hat für den BUNDein solches Modell aufgestellt und für verschiedene Märkte durchrechnen lassen. Unsere Bundestagsfraktion hat dies mit der Unterstützung unserer Abgeordnetenhaus-Fraktion hat zum Anlass genommen das Modell auf seine Umsetzbarkeit zu prüfen.

Doch wir müssen uns nichts vormachen, so schnell bekommen wir das auf der Bundesebene nicht umgesetzt. Deswegen sind wir aufgefordert zu schauen, was wir wie in Berlin umsetzen können.

Mit dem Mietendeckel ist der Beitrag von Mieter*innen auf 1 Euro begrenzt. Er gibt zudem Vorgaben, was unter energetischer Sanierung zu verstehen ist. Beides ist so zu begrüßen. Ein Förderprogramm bei Senatsverwaltung Wirtschaft, Energie und Betriebe soll so auflegt werden, dass es abgerufen wird und in die richtige Richtung lenkt. Um jedoch Immobilienbesitzende an den Kosten zu beteiligen, werden wir um Ordnungsrecht nicht herum kommen. Das Stufenmodell kann für Berlin ein möglicher Schlüssel sein. Dabei soll rechtlich vorgegeben werden, wann welches Haus welchen energetischen Standard erreichen muss. Das zwingt Immobilienbesitzende zur energetischer Sanierung. Sollten Mierter*innenbeitrag und Fördergelder nicht ausreichen muss der Immobilienbesitzende die restlichen Kosten selber tragen. Wir simulieren so nicht nur das Drittelmodell, sondern stellen klare Regeln und Zeitpläne auf und verteilen die Kosten auf alle Schultern.

Denn für uns ist klar, Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit kann es nicht geben!

Think Global - Act Local!

In Berlin nutzen wir alle Potenziale um radikalen Klimaschutz umzusetzen. Viele Regelungen werden aber auch auf Bundes und EU-Ebene beschlossen. Wir werden uns weiter im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesregierung den Ausbau Erneuerbarer Energien voranbringt, den Ausstieg aus fossilen Energin einleitet und EU-Richtlinien progressiv verfolgt.